

Krafsamer Zeitung.

Nr. 230.

Dinstag den 9. October

1866.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krakau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., refp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gaffe Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anstalt für die vierspaltige Petitzeile 5 Mr., im Anzeigblatt für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Bogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. October d. J. begonnene neue Quartal der

„Krafsamer Zeitung.“

Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1866 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postsendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Mr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Verordnung

der Ministerien des Staates, der Justiz, der Polizei und des Krieges vom 6. October 1866.

womit zur Ausführung der mittelst Kundmachungen der politischen Landesbehörden vom 4. October 1866 veröffentlichten Allerhöchsten Entschliessung vom 3. October 1866, durch welche die in verschiedenen Theilen des Reiches verfügte Suspension der Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes und der übrigen zeitweilig angeordneten Ausnahmeverfügungen von den allgemeinen Gesetzen mit 4ten October 1866 außer Wirksamkeit gesetzt wurde, in Folge weiterer Allerhöchster Ermächtigung vom 5ten October 1866 mehrere Vollzugsbestimmungen erlassen werden,

wirksam für den ganzen Umfang des Reiches.

Zur Ausführung der mittelst Kundmachungen der politischen Landesbehörden vom 4. October 1866 veröffentlichten Allerhöchsten Entschliessung vom 3. October 1866, durch welche die in verschiedenen Theilen des Reiches verfügte Suspension der Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes und der übrigen zeitweilig angeordneten Ausnahmeverfügungen von den allgemeinen Gesetzen mit 4. October 1866 außer Wirksamkeit gesetzt wurden, werden hiemit in Folge weiterer Allerhöchster Ermächtigung vom 5. October 1866 nachstehende Vollzugsbestimmungen angeordnet:

§ 1. Durch die erwähnte kaiserliche Entschliessung vom 3. October 1866 sind die kaiserlichen Verordnungen vom 28. und 30. Mai 1866, Nr. 66 und 67 des Reichsgesetzesblattes, so wie die auf Grundlage der Allerhöchsten Entschliessung vom 10. Juli 1866 von dem Landesgeneralcommando für Nieder- und Oesterreich, Salzburg und Steiermark erlassene Kundmachung vom 26. Juli 1866 und alle von verschiedenen Befehlshabern einzelner Abtheilungen der kaiserlichen Armee im Laufe des Jahres 1866 erlassenen Verfügungen, durch welche in verschiedenen Ländern des Reiches die beiden Gesetze vom 27. October 1862, Nr. 87 und 88 des Reichsgesetzesblattes zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes zeitweilig außer Wirksamkeit gesetzt oder durch welche auch über Personen des Civilstandes in Betreff einer Reihe von strafbaren Handlungen die Strafgerichtsbarkeit der Militärgerichte eingesetzt oder die Handhabung verschiedener Maßregeln der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung den regelmäßig damit betrauten Civilbehörden abgenommen und von Militärbehörden übernommen worden ist, — in den betreffenden Theilen der Monarchie vom 4. October 1866 angefangen außer Geltung gesetzt werden.

§ 2. Von dem genannten Tage angefangen hatten daher in den betreffenden Theilen des Reiches sowohl die beiden Gesetze vom 27. October 1862, Nr. 87 und 88 R.-G.-Bl., wieder in volle Wirksamkeit zu kommen, als auch die competenten Gerichte des Civilstandes und sonstigen Civilbehörden wieder in ihren regelmäßigen, ihnen vor Erlassung der im § 1 bezeichneten Verordnungen, Kundmachungen und Verfügungen zugestandenen Wirkungskreis einzutreten, und die ihnen zustehenden, aber vermöge der obgenannten Specialverfügungen von Kriegsgerichten oder Militärbehörden besorgten Geschäfte und Amtshandlungen zu übernehmen.

§ 3. Von den bei den Militärgerichten kraft der erwähnten Ausnahmeverfügungen gegen Personen des Civilstandes anhängig gemachten und noch anhängigen strafrechtlichen Untersuchungen sind nur diejenigen, worüber vor dem 4. October 1866 bereits ein Urtheil, wenn auch nur in erster Instanz, geschöpft war,

von den Militärgerichten zu Ende zu führen, alle übrigen aber an die competenten Civilstrafgerichte zu übergeben und von diesen nach Maßgabe der für den Civilstand geltenden Gesetze zu Ende zu führen. Graf Belcredi mp. Ritter v. Komers mp. Freiherr v. Sohn mp.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. September d. J. dem Kunstmühlenbesitzer in Bilsen Franz Hyyra in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. October d. J. den Linienschiffscapitän Joseph Auerhammer von Arnstein zum Commandanten des Matrosencorps allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 9. October.

Die „Razione“ fasst die wesentlichsten Bestimmungen des österreichisch-italienischen Friedensvertrages in folgenden Punkten zusammen: Die Kriegsgefangenen werden beiderseits gegenseitig ausgeliefert. Oesterreich erklärt sich mit der Vereinigung Veneziens mit Italien einverstanden. Die venezianischen Grenzen sind dieselben, welche unter der österreichischen Herrschaft als die administrativen Grenzen galten. Italien erkennt an, Oesterreich 35 Millionen Gulden zu schulden. Diese Summe wird in elf Termen in einer Zeit von 23 Monaten ausgezahlt. Italien übernimmt ferner der Monte Lombardo-Veneto mit seinen jetzigen Activen und Passiven. Die Activen bestehen in 3/4 Millionen Gulden und die Passiven in 66 Millionen. Den venezianischen Unterthanen, die in Oesterreich wohnhaft sind, bleibt die Befugnis, ihre österreichische Nationalität beizubehalten. Alle Kunstgegenstände, Documente und Archive, die Venezien angehören, werden ohne Ausnahme zurückerstattet. Der ehemalige zwischen Oesterreich und Sardinien bestehende Handelsvertrag wird für ein Jahr in Kraft gesetzt, damit man während dieser Zeit eine neue Uebereinkunft abschließen könne. Andere Verfügungen stipulieren die Aufhebung des Sequesters, welcher über die Güter der ehemaligen italienischen Fürsten verhängt worden ist, mit Vorbehalt jedoch der Rechte, die der Staat oder dritte Personen auf diese Güter haben können. Eine vollständige Amnestie wird gegenseitig erlassen zu Gunsten der politischen Verurtheilten und Ungeschuldeten und der Deserteure. Die Eisene Krone wird Italien zurückerstattet.

Der „Turiner Zeitung“ zufolge wird die italienische Regierung sofort nach Abschluss des Friedens das Parlament auflösen. Ist erst die Abstimmung in Venezien vollzogen, dann sollen sämtliche Wahlcollegien des Königreiches berufen und dem vollständigen und vergrößerten Parlaente der Vertrag mit Oesterreich und der Entwurf zur Reorganisation des Staates vorgelegt werden.

Ueber den Gang der Verhandlungen zwischen Preußen und Sachsen wird der „A. A. Ztg.“ von ihrem Leipziger Correspondenten folgendes mitgeteilt: Am 28. September conferirte König Johann von Sachsen in Prag mit dem Staats- und Finanzminister v. Friesen, am 29. September nahm an der Conferenz auch der Kriegsminister v. Rabenhorst Theil, der vom König telegraphisch aus Wien entbottet war und dorthin noch am 29. Abends zurückkehrte. Am 29. reiste auch Herr v. Friesen ab, zunächst nach Dresden und von dort am 30. nach Berlin. Derselbe soll sehr weitgehende Zugeständnisse des Königs Johann mitgenommen haben, so dass der baldige Abschluss des Friedens wohl zu erwarten ist, wenn die Forderungen Preußens so präcisirt werden, dass sie ein solides, nicht aber ein schwankendes, allen möglichen Mitigationen und Umtrieben Thür und Thor öffnendes Verhältnis Sachsen zu Preußen begründen.

Der „Vresl. Z.“ schreibt man aus Berlin: Was man über Preußens Absicht, die etwaige Verung des Trhn. v. Beust mit der Abberufung des Trhn. v. Werther von Wien zu beantworten, hier erzählt, wird uns von gut unterrichteter Seite als eine leere Erfindung bezeichnet. Ebenso unrichtig ist es, wenn behauptet ist, Preußen habe über die Haltung der österreichischen Journale in Wien Beschwerde geführt. Wahrscheinlicher, wenn auch nicht gewiss, ist eine andere Angabe, wornach gegen den Protest des Königs von Hannover, der von Wien ausgegangen, dort remonstrirt worden, doch, wie gesagt, auch dies ist mit Vorbehalt aufzunehmen. Man war und ist hier von vorneherein auf diese und ähnliche Demonstrationen in den annectirten Ländern vorbereitet gewesen und bleibt davon völlig unberührt.

Der für Berlin als österreichischer Gesandter designirte Graf Wimpffen ist nunmehr definitiv ernannt und wird sich unmittelbar nach Auswechslung der österreichisch-italienischen Ratificationsurkunden auf seinen Posten begeben; letztere soll am 11. d. erfolgen.

Der Pariser „Times“-Correspondent behauptet, dass in den maßgebenden Kreisen Frankreichs eine große Erbitterung gegen Preußen und Bayern vorherrscht. Man ist da allgemein der Ansicht, dass binnen 18 Monaten, wenn kein urvorhergesehener Zwischenfall eintritt, der Krieg zwischen Frankreich und Preußen ausbricht. Das Bayern mit Preußen ein Schutz- und Trugbündnis abgeschlossen hat, ist hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, weil Bayern sich gar kein Gewissen machen würde, Rheinbayern nöthigenfalls an Frankreich zu überlassen; und nur aus dem allergehörtesten Selbsthaltungstrieb sucht Bayern Preußen sich zum Freunde zu machen.

Der „Constitutionnel“ macht sich zum Echo des Mißvergnügens, welches die zwischen Preußen und einigen süddeutschen Staaten versuchte Annäherung in Pariser Regierungskreisen erregt hat. An die Interpellation des Abg. Hoelder in der Stuttgarter Kammer anknüpfend, constatirt das officöse Blatt, dass die Massen in Württemberg, wie in Baden und Bayern, der Zukunft die Frage der Einigung zwischen Norden und Süden überlassen wollen und einstweilen verlangen, dass die Südstaaten sich eine der für Norddeutschland vorbereiteten analogen Organisation geben mögen, welche geeignet wäre, die Interessen und die Unabhängigkeit Süddeutschlands wirksam zu schützen.

Wir meldeten vor einiger Zeit, der Herzog von Nassau habe eine Villa in Thun in der Schweiz angekauft. Nachträglich hieß es, dass er dieselbe nur gemiethet, heute verlautet, dass er sich in dem Miethvertrage ein Kreuzgeld vorbehalten und dass er dieses Kreuzgeld jetzt gezahlt hat, also nicht nach Thun gehen wird. Die Herzogin lebt fortgesetzt in Biberich (Nassau) und wird dort bleiben, bis das Uebereinkommen mit Preußen vollends zu Stande gebracht worden.

Der Redaction der „Schl. Ztg.“ ist, wie sie sagt, von beachtenswerther Hand eine Zuschrift zugegangen, welche für die nicht mehr fernem Wahlen zum Parlaente geeigneten Stoff zum Nachdenken gebe. Den wesentlichen Inhalt derselben fasst das genannte Blatt in folgenden Sätzen zusammen: 1. Preußen ist die deutsche Macht, welche allein im Stande ist, als Kern eines geeigneten, mächtigen und freien Deutschlands zu dienen. 2. Die gegenwärtige Politik der preussischen Regierung, zuerst den norddeutschen Bund mit gemeinsamem Parlaente auszubilden, ist die allein heilsame. 3. Die Sonderung der süddeutschen Staaten muß für jetzt nach den Bestimmungen des Prager Friedens festgehalten werden, weil ein anderes Verfahren von allen Seiten Widerstand hervorruft und namentlich den Einspruch Frankreichs berechtigen würde, während eine spätere engere Vereinigung auf dem Wege innerer Verständigung keiner auswärtigen Macht das Recht des Widerspruchs gewährt. 4. Einstweilen ist demnach die engere Verbindung mit den süddeutschen Staaten nur insoweit ins Auge zu fassen, dass nichts geschieht, um sie anderen Verbindungen zuzuführen, und dass namentlich das vorhandene volkswirtschaftliche Band bewahrt und immer mehr befestigt wird. 5. Der norddeutsche Bund ist im Allgemeinen nach dem Programm möglichst bald festzustellen; weiläufige Debatten über mehr oder weniger zweckmäßige Einrichtung desselben sind zu vermeiden, sofern nur die wesentlichen Grundzüge gewonnen sind, welche eine einheitliche Leitung und Action des Bundes in militärischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehung möglich machen. 6. Das Bundesparlaente ist in allen Angelegenheiten des Bundes mit denjenigen Befugnissen auszustatten, welche in den norddeutschen Staaten, insbesondere in Preußen, bisher verfassungsmäßig der Volksvertretung zustanden. 7. Eben diese Befugnisse werden willig von den preussischen Kammern auf das Bundesparlaente übertragen, und sie werden nur diejenigen Rechte bewahren, welche die innere preussische Verwaltung betreffen, wie derselbe Anspruch an die übrigen ständischen Bundesstaaten gemacht werden muß. 8. In Zukunft wird es als zweckmäßig zu erachten sein, dieselben Personen als Abgeordnete zum Bundesparlaente und in das preussische Abgeordnetenhaus zu wählen; für jetzt ist dies nur bei denjenigen Abgeordneten rathsam, welche geeignet haben, dass sie mit den hier aufgestellten Grundsätzen einverstanden sind. 9. Laurentz wird aus der Personal-Union mit Preußen gebracht. 10. Die durch den Prager Frieden an Preußen gefallenen Länder treten vollkommen in die Rechte und Pflichten der bisherigen Bestandtheile des preu-

sischen Staates. 11. Was Sachsen anlangt, so wäre, wenn sich bis dahin der König von Sachsen zu keiner Verständigung mit Preußen entschließt, am besten eine Abstimmung des sächsischen Volkes und womöglich auch der übrigen deutschen Staaten zu veranlassen und mindestens auf die Februar-Bedingungen zu richten, wenn nicht der pure Uebergang an Preußen vorgezogen werden sollte. 12. Es thut dringend noth, die Verkehrsverhältnisse für den Bund neu zu regeln, den Zollverein zu befestigen und seine Gesetzgebung den Bedürfnissen gemäß zu reformiren, sowie eine völlige Einheit im Post- und Eisenbahnverkehr der zum norddeutschen Bunde vereinigten Staaten zu schaffen.

Die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers Napoleon lauten immer bedrohlicher. Auch der englische „Sun“ beschäftigt sich mit der Gesundheit des Kaisers der Franzosen. Er ist nämlich empört darüber, dass der „Standal auf dem Continent“ (d. h. der deutsche Krieg) diese für ganz Europa kostbare Gesundheit angegriffen habe und noch immer angreife, indem die Intriguanen aus Berlin und Petersburg dem Kaiser auch in Biarritz nicht Ruhe ließen. — Andererseits findet der „Sun“ die Zeichen der Zeit günstiger. Erstens scheine Sachsen durch seine Ausdauer bessere Bedingungen zu gewinnen. Zweitens zeige sich, dass Preußen sich durch seine übertriebene Gier selbst überlistet habe und nicht recht schlucken könne, was es in den Mund genommen; denn schon sehe man einen Frankfurter Bankier nach dem andern sein Bündel schnüren und sich fortmachen um nicht preussisch zu werden. Drittens endlich steige der Born der Franzosen über die freche Potitik Preußens täglich höher. Kurz, der „Sun“ ist überzeugt, dass die Sache noch nicht aus sei, und dass Preußen das Spiel noch nicht gewonnen habe.

Der „Advertiser“ knüpft an den Fall, dass der Tod an den Kaiser herantreten sollte, folgende Bemerkungen: Die Republikaner in Paris sind der Meinung, dass die republikanische Verfassung in diesem Falle wieder rechtskräftig sein werde und dass es wenigstens in Paris keine Schwierigkeit haben werde, sie unmittelbar nach dem erwarteten Ereignis wieder herzustellen. Man spricht auch von einer Bewegung unter den Orleansisten, welche die Absicht haben sollen, ein Manifest an die Nation vorzubereiten und darin halb und halb mit den Republikanern eine Verständigung zu suchen. Aber die Orleansisten haben wenig Aussicht an's Nuder zu gelangen; die orleanischen Prinzen, die sich an die Spitze der Partei stellen sollten, haben während der ganzen Regierungszeit L. Napoleons keinen Versuch gewagt, eine Initiative zu ergreifen und würden auch jetzt sich einfach mit einer zuwartenden Stellung begnügen. Gewiss ist, dass in ganz Frankreich die entschiedenste Mißstimmung über den Mangel an Freiheit und über die schlimme Finanzwirtschaft herrscht, ein Gefühl, das um so mehr wurmt, als die Nation in neuerer Zeit nicht einmal durch Gloire entschädigt worden. Wie die kommende französische Republik sich zu England, zu Deutschland, zur römischen und orientalischen Frage stellen werde, darüber ist der „Advertiser“ noch nicht näher unterrichtet.

Das neuestens wieder aufgetauchte Gerücht von einer bevorstehenden Reise des Fürsten Gortschakoff nach Biarritz wird jetzt in einem Schreiben, welches der „Nat.-Ztg.“ aus Petersburg zugeht, auf das entschiedenste dementirt, wie auch die Nachricht von einem bemerkenswerten Circular des genannten Ministers in Erwiderung auf das Cavallettsche Rundschreiben als jeder Begründung entbehrend bezeichnet wird. Fürst Gortschakoff befindet sich übrigens unwohl und hütet seit einigen Tagen das Zimmer.

Der türkische Gesandte, Gffendi Barkosch, ist am 6. d. von Wien in besonderer Mission nach Biarritz abgereist.

Aus Rom schreibt man der „Köln. Ztg.“: Die Verhandlungen über die Abgabe eines Theiles der römischen Staatschuld sind so weit vorgeschritten, dass sich die italienische Regierung bereit erklärte an Frankreich für den heiligen Stuhl jährlich 25 Millionen Fr. zu zahlen. Der Papst will in dessen beim Empfang jeder Rate seinen Protest zur Wahrung seiner Souveränitätsrechte über die annectirten Provinzen erneuern.

Freiherr v. Hübnert ist letzten Donnerstag in Paris angekommen, gedenkt einige Tage in der Bretagne zuzubringen und sodann auf seinen Posten in Rom zurückzukehren. Die Politik des Wiener Cabinetts in der römischen Frage ist beständig diejenige der Ausführung der September-Convention fern zu bleiben und keinerlei Verantwortung für eine Situa-

*) Enthalten in dem am 7. October 1866 ausgegebenen XLVIII. Stücke des Reichsgesetzesblattes unter Nr. 115.

daß die Cretenfer nicht auf eine Unterstüßung Frankreichs bei ihren separatistischen Versuchen rechnen sollten, und hinzugefügten, daß, nachdem die Türkei versprochen habe, gerechte Beschwerden abzustellen, es im Interesse der Cretenfer liege, mit ihr zu verhandeln. Zu Reihymosen in Folge dieser Erklärung am 24. Versammlungen abgehalten worden.

Brüssel, 7. October. Es ist hier die Nachricht eingelangt, daß die Kaiserin Charlotte in Rom erkrankt ist.

Madrid, 7. October. Die Journale dementiren die Nachricht, daß die Wegnahme des Dampfers

"Tornado" Reclamationen von Seite Englands herborgerufen habe, welches die Papiere des "Tornado" für verächtlich erklärt hat.

Bukarest, 6. October. Die Anleihe mit Befreye ist abgeschlossen; Winterhalter geht heute nach Paris, um das Geld in Empfang zu nehmen.

Petersburg, 7. October. Vierunddreißig in dem Hochverratsproceß des Karakajow verwickelte Personen, darunter Ischutin, der Anreger des Attentats und Gründer einer Communisten-Gesellschaft wurden zum Tode durch den Strang, fünfzehn zur Verbannung nach Sibirien verurtheilt.

Constantinopel, 7. Oct. Das officielle Jour-

nal "La Turquie" dementirt die Nachricht, daß eine Abtheilung der Ganimon von Corfu Preveza überfallen und das Fort daselbst genommen habe. Dasselbe Journal dementirt auch die Nachricht, daß griechisches Militär bei Castrü über die Gränze gegangen sei und Arta angegriffen habe. — Nach Epidaur wurden weitere Truppenverstärkungen abgeseudet. Die Regierung entwickelt große Energie und hofft, Candia bis 15. v. zu pacificiren.

Verantwortlicher Redacteur Dr. A. Boczek.
Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 7. auf den 8. October.
Angekommen sind die Herren: Victor Szimeczek, l. k. Bezirks-

vorfürher, aus Prezevorst. Heinrich Kucza, l. k. Bezirksvorsteher, aus Laufen. Ferner die Herren Gutsbesitzer: Wladyslaw Strzyski, aus Wachuz, Adolf Sedowicki, aus Wolhynien. Nikolaus Sachimowski, aus Anspand.
Abgereist sind die Herren Gutbesitzer: Graf Rozwadowski, nach Wien. Eduard Dyonowski, nach Galizien. Michael Jazynski, nach Pleschow. Leopold Joch, nach Grybow.
vom 8. auf den 9. October.
Angekommen sind die H. Gutsbesitzer: Stanislaus Graf Rey, aus Galizien; Stanislaus Emowski, aus Polen; Nicol Brychorowski, aus Galizien; Graf Jablonowski Kazimierz, aus Galizien.
Abgereist ist Herr Kutschera Heinrich, l. k. Bezirksvorsteher, aus Laufen.
* K. k. Theater in Krakau. Heute zum erstenmal: „Komedyancki“ (les poseurs), Lustsp. von Théobald und Duval.

Amtsblatt.

Kundmachung. (1036. 4)

Erkenntnisse.
Das l. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. l. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der l. k. Staatsanwaltschaft, unter gleichzeitiger Bestätigung der erfolgten Beschlagnahme, daß der Inhalt des in Nr. 166 der Zeitschrift: „Zukunft“ vom 20. Juli 1866 enthaltenen Aufsatzes: „Vom Kriegsschauplatz“ auf Seite 2, Colonne 2 und 3 das nach Artikel IX der Strafgesetz-Novelle vom 17. Dezember 1862 und nach der Verordnung vom 9. Juni 1866 R. G. Bl. 3. 74, strafbare Vergehen der verbotenen Mittheilung begründe und verbindet damit nach § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung der den beanstandeten Aufsatz enthaltenden Zeitungsziffer.

Die mit Beschlag belegten Exemplare sind nach § 37 P. G. zu vernichten.
Wien, am 24. Juli 1866.
Der l. k. Präsident: **Boschan m. p.**
Der l. k. Rathsecretär: **Thallinger m. p.**

Kundmachung. (1042. 1-2)
ad Nr. 4/265 St.-P.-G.
Die für das westgalizische Regierungsgebiet in der Hauptstadt Krakau eingeführte staatsrechnungswissenschaftliche Prüfungs-Commission beginnt ihre Functionen für das Studienjahr 1867, und wird dieselben in den letzten drei Tagen eines jeden Monats vom October 1866 bis Ende Juli 1867 fortsetzen.
Um zur Prüfung zugelassen zu werden, haben
a) die in Krakau, oder auswärts domicilirenden Wittwen der das Vaterland, den Geburtsort, die Religion, die zurückgelegten Studien und ihr dormaliges Domicil genau anzugeben und nachzuweisen.
b) die bei ihrem Selbststudium benützten theoretischen Lehrmittel nachzuweisen, aus welchen sie sich diese Wissenschaft angeeignet haben, zugleich aber darzu hin:
c) daß sie entweder das Unterghymnasium, oder den commercieellen Lehrkurs an einem technischen Institute, oder die Oberrealschule mit gutem Erfolge zurückgelegt, oder aber daß sie sich im Cassa- oder Comptabilitäts-Dienste der öffentlichen oder einer städtischen Gemeinde-Verwaltung bereits verwendet.
d) wenigstens 24 Stunden vor der Bornahme der Prüfung haben die Bewerber, welche sich die Wissenschaft durch Selbststudium eigen gemacht haben, die Prüfungstare von 8 Gulden 40 kr. ö. W. unter Vorweisung der schriftlichen Bewilligung zur Prüfungsablegung, an die Verlagscaffa der l. k. Staatsbuchhaltung zu erlegen, und die vom Herrn Expeditor ausgestellte Bescheinigung im Vorstands-Bureau nebst einer Ein Gulden - Stempelmarke abzugeben.
e) Diejenigen Candidaten, welche gehörig vorbereitet, die Prüfung abzulegen wünschen, haben ihre mit den erforderlichen Nachweisungen belegten vorchriftsmäßig gestempelten Gesuche um Zulassung zur Prüfung, noch vor dem Beginne des Monats, in welchem sie die Prüfung abzulegen beabsichtigen, an den Vorstand der l. k. Commission persönlich zu übergeben, oder von auswärtigen Wohnorten entweder frankirt durch die Post, oder im Falle sie im öffentlichen Dienst-Verbande stehen, durch ihre vorgelegte Behörde einzubringen, und werden auch auf diesem Wege beschieden werden.
Der Commissions-Vorstand empfängt die in Krakau domicilirenden Candidaten täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 1 bis 2 Uhr in seinem Bureau im Amtsgebäude der l. k. Staatsbuchhaltung und wird ihnen Ort, Tag und Stunde der Prüfung bestimmen.
Krakau, am 6. October 1866.
Der Vorstand der l. k. staatsrechnungswissenschaftlichen Prüfungs-Commission.

Kundmachung. (1038. 2)
In der ersten Hälfte September l. J. ist die Kinderpest im Kreise Struj in Kospuce und Brzezowa, Sanoker Kreise, erloschen, und in Siedliska, Desznica und Holbow im Zmigrodzkiem Kreise ausgebrochen. Es besteht die Kinderpest in 15 Ortschaften, von welchen 9 dem Strujer, 4 dem Sanoker und 2 dem Samborer Kreise angehören.

Dieser Stand der Kinderpest im Lemberger Verwaltungsbereich wird mit dem Besage zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Abhaltung der Viehmärkte in Sanok und Lisko wieder gestattet wurde.
Von der l. k. Statthaltereicommission.
Krakau, am 29. September 1866.

Ogłoszenie.
W pierwszej połowie września r. b. ustatła zaraza na bydło (ksiegosusz) w mieście obwodowym Strju, tudzież w miejscach Rozpucie i Brzezowa w Sanockim obwodzie, ukazała się zaś w Siedliskach, Desznicy i Holbowie w powiecie Zmigrodzkim.
Zaraza na bydło istnieje w 15 miejscach, z których 9 do Stryskiego, 4 do Sanockiego a 2 do Samborskiego obwodu należą.
O stanie tej zarazy podaje się wiadomość z tém nadmienieniem, że odbycie jarmarków w Sanoku i Lisku na powrót pozwolonom zostało.
Z e. k. Komisji namiestniczej.
Kraków, dnia 29 września 1866.

Kundmachung. (1040. 1-3)
C. k. Sad obwodowy Tarnowski spadkobiercom s. p. Franciszka Waligórskiego, mianowicie Józefowi Kazimierzowi Zim. Waligórskiemu, Kazimierzowi Waligórskiemu, Józefowi Waligórskiemu Strakowej, Georgowi Leden spadkobiercy Maryanny Waligórskiej, Franciszkowi Wyszowskiemu spadkobiercy Marcelego Wyszowskiego i Maryannie z Pilniskich Wyszowskiej spadkobierczyni Ludwika Wyszowskiego, niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Feliks Bogusz przeciw nim względem orzeczenia, że pretensya pozowanych do sumy 3651 złr. 55 kr. w. w. a względnie 3707 złr. w. w. na dobrach Rzemięć przyn. dom. 152, pag. 386, n. 61 on. i dom. eodem pag. 387, n. 62 on., dom. 178, pag. 399, n. 84 intabulowanej na indemnizacyę urbarialną przeniesionej, zgłosiła i że odpowiedzialność za tę pretensya wolna jest, pod dniem 18 września 1866 l. 16177 skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, wskutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 31 stycznia 1867 o godz. 10 zrana wyznaczonym jest.
Ponieważ pobyt zapozwanych nie jest wiadomy, przeczniły tutejszy Sad dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwok. Dra. Bandrowskiego z zastępstwem Dra. Hoborskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.
Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udziellili, lub też innego obrońcę obrali i tutejszemu Sadowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyli, inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.
Z Rady e. k. Sadu obwodowego.
Tarnów, dnia 27 września 1866.

Kundmachung. (1039. 1-3)
Der Pfandleih-Anstalt der Filiale Krakau wird hiermit bekannt gegeben, daß gemäß § 23 ihrer Geschäfts-Ordnung die bei ihr bis 15. September 1866 verfallenen Pfänder, u. z.:
Prätiosen,
d. i. silberne Leuchter, Löffel, Messer, Gabeln, Gold- und Silberuhren, Ringe, Ketten, Korallen, Perlen, Brillanten, u. c. u. c.
am 15., 16. & 17. October l. J. Vormittags 9 Uhr
im Wege der öffentlichen Feilbietung am Ringplatz Nr. 34 Gm. IV. an den Meistbietenden gegen sogleiche baare Bezahlung werden hintangegeben werden.
Der Vorstand: **Koritschner mp.**

Kundmachung. (1037. 1-3)
Von der l. k. Finanz-Bezirks-Direction in Bochnia wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Einhebung der allg. Verzehrungs-Steuer vom Fleisch und

Meteorologische Beobachtungen.
Zu den ersten Hälfte September l. J. ist die Kinderpest im Kreise Struj in Kospuce und Brzezowa, Sanoker Kreise, erloschen, und in Siedliska, Desznica und Holbow im Zmigrodzkiem Kreise ausgebrochen. Es besteht die Kinderpest in 15 Ortschaften, von welchen 9 dem Strujer, 4 dem Sanoker und 2 dem Samborer Kreise angehören.

Kundmachung. (1038. 2)
In der ersten Hälfte September l. J. ist die Kinderpest im Kreise Struj in Kospuce und Brzezowa, Sanoker Kreise, erloschen, und in Siedliska, Desznica und Holbow im Zmigrodzkiem Kreise ausgebrochen. Es besteht die Kinderpest in 15 Ortschaften, von welchen 9 dem Strujer, 4 dem Sanoker und 2 dem Samborer Kreise angehören.

| Tag | Wind | Barom.-Höhe auf Paris. Linie in Barim. red. | nach Reaumur Temperatur | Relative Feuchtigkeitt der Luft | Richtung und Stärke des Windes | Zustand der Atmosphäre | Ercheinungen in der Luft | Veränderung der Wärme im Laufe des Tages von bis |
|-----|------|---|-------------------------|---------------------------------|--------------------------------|------------------------|--------------------------|--|
| 8 | 2 | 334.21 | +13.4 | 41 | Süd-West schwach | heiter | | -0.6 +13.6 |
| 10 | 10 | 34.03 | +5.2 | 74 | " still | " | | |
| 9 | 6 | 33.68 | +0.8 | 95 | " | " | | |

Wiener Börse - Bericht vom 6. October.

| A. Die Staats-Schuld. | | |
|---|-------|--------|
| | Geld | Waare |
| In Oest. W. zu 5% für 100 fl. | 55.50 | 55.50 |
| Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner - Juli vom April - October | 67.20 | 67.40 |
| Metalliques zu 5% für 100 fl. | 67.00 | 67.20 |
| dte " 4 1/2% für 100 fl. | 60.40 | 60.50 |
| mit Verlosung v. J. 1838 für 100 fl. | 52.- | 52.50 |
| " 1854 für 100 fl. | 152.- | 152.00 |
| " 1860 für 100 fl. | 74.50 | 75.- |
| Prämien-Scheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. | 87.75 | 88.25 |
| " zu 50 fl. | 73.10 | 73.30 |
| Somo-Rentenscheine zu 42 L. austr. | 17.50 | 18.50 |

| B. Der Kronländer. | | |
|--|-------|-------|
| Grundentlastungs-Dobligationen | | |
| | Geld | Waare |
| von Nieder-Oester. zu 5% für 100 fl. | 77.- | 78.- |
| von Mähren zu 5% für 100 fl. | 75.- | 77.- |
| von Schlesi. zu 5% für 100 fl. | 87.- | 88.- |
| von Steierm. zu 5% für 100 fl. | 78.- | 80.- |
| von Tirol zu 5% für 100 fl. | 95.- | 98.- |
| von Kärnt. Krain u. K. B. zu 5% für 100 fl. | 80.- | 86.- |
| von Ungarn zu 5% für 100 fl. | 67.- | 67.50 |
| von Temeser Banat zu 5% für 100 fl. | 66.50 | 67.50 |
| von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl. | 69.- | 70.- |
| von Galizien zu 5% für 100 fl. | 66.50 | 67.50 |
| von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. | 63.75 | 64.25 |
| von Bukowina zu 5% für 100 fl. | 63.50 | 64.50 |

| C. Die Pfandleih-Gesellschaft. | | |
|---|--------|--------|
| | Geld | Waare |
| der Nationalbank | 720.- | 722.- |
| der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W. | 151.80 | 152.- |
| der Kredit-Anstalt zu 500 fl. ö. W. | 582.- | 591.- |
| der Kaiserl. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W. | 1633.- | 1635.- |
| der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W. oder 500 fr. | 189.30 | 189.50 |
| der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr. | 204.50 | 205.- |
| der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W. | 128.- | 128.50 |
| der Kaiserl. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W. | 208.50 | 209.- |
| der Lemberger-Galizischer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 80 1/2 Ginz. | 177.75 | 178.25 |
| der vere. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W. | 155.- | 155.50 |
| der Südböhmer. Verb. u. B. zu 200 fl. ö. W. | 112.50 | 113.- |
| der Theiss. zu 200 fl. ö. W. mit 140 fl. (70% Ginz.) | 147.- | 147.- |
| der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W. | 473.- | 475.- |
| des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W. | 192.- | 195.- |
| der Wiener Dampfsmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W. | 410.- | 410.- |
| der Oest.-Ung. Kettenbrücke zu 500 fl. ö. W. | 335.- | 340.- |

| D. Wechsel. | | |
|--|--------|--------|
| | Geld | Waare |
| Augsburg, für 100 fl. südböhmischer Währ. 5% | 107.75 | 108.- |
| Franfurt a. M. für 100 fl. südböhm. Währ. 4% | 108.- | 108.25 |
| Hamburg, für 100 M. W. 4% | 95.75 | 96.- |
| London, für 10 Pf. Sterl. 4 1/2% | 127.50 | 128.15 |
| Paris, für 100 Francs 3% | 50.70 | 50.80 |

| E. Cours der Geldsorten. | | |
|--------------------------|---------------------|-----------------|
| | Durchschnitts-Cours | Letzter Cours |
| | fl. kr. fl. kr. | fl. kr. fl. kr. |
| Kaiserliche Münz-Dufaten | 6 8 | 6 7 1/2 6 8 1/2 |
| " vollw. Dufaten | 6 8 | 6 7 1/2 6 8 1/2 |
| Krone | | |
| 20 Francstück | 10 18 1/2 | 10 22 1/2 10 23 |
| Russische Imperiale | | 10 50 10 55 |
| Bereitschaler | | 1 90 1 91 |
| Silber. | | 126 25 126 75 |